Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0.30, für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland Goldmark 0.50. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet Goldmark 1.50, auswärts Goldmark 2.00. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt Goldmark 0.10. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat März 2.25 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich Č Kč. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.9 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 15 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 59 — Sonntag, 9. März 1924 — XXXII. Jahrg.

Unerhörte Forderungen der Botschafterkonferenz

Ablehnung fast in der gesamten Presse — Ablehnung der Note unbedingt notwendig — Denunziationen aus den Kreisen des sozialistisch-kommunistischen Zeigner-Kabinetts?

Dr. Stresemann über den Vertrag von Versailles

× Braunschweig, 8. März. Auf dem 6. Landesparteitag der Deutschen Volkspartei Braunschweigs hielt der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann eine Rede, in der er u. a. sagte: „Eine Ablehnung der Reparationsverpflichtungen ist für uns unmöglich. Ich empfinde es als illoyal, die Leiter der deutschen Außenpolitik deshalb anzugreifen, weil sie die Folgerungen daraus ziehen müssen, daß keine nennenswerte Armee hinter ihnen steht. Als weite Möglichkeit kommt in Frage ein gewisser passiver politischer Widerstand an Stelle der törichten Gewaltpolitik des Zerreißens des Vertrages von Versailles. Wir müssen uns wenden gegen das, was über den Versailler Vertrag hinausgeht. Aber kann die Ruhrbesetzung nur als vertragswidrig bezeichnen, wenn ich den Vertrag selbst anerkenne. Ich muß mich auf den Standpunkt stellen, den Vertrag so weit zu erfüllen, wie es die deutsche Leistungsfähigkeit erlaubt, um alles abwehren zu können, was darüber hinausgeht. Wir haben so viel Hohn auf diese Verständigungsversuche erlebt, daß ich es wohl verstehe, daß man sie als aussichtslos ablehnt. Aber jeder, der einmal an meiner Stelle steht, wird die Pflicht und Möglichkeit haben, jeden Weg zur Verständigung zu erfolgen."

Denunziationen?

Systematische Falschmeldungen über ein Dresdner Explosionsunglück

× Berlin, 7. März. Die Pariser Presse bespricht einen angeblichen Unfall im militärischen Laboratorium in Dresden, bei dem sieben Menschen um ihr Leben gekommen seien, und behauptet, die deutsche Armee verfüge über ein neues, aus Blausäure hergestelltes Gas ohne Geruch, Farbe und Geschmack, das eine verheerendere Wirkung auszuüben imstande sei, als die im Weltkrieg verwendeten Gase.

Die Meldungen sind, wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, in allen Punkten falsch. Deutschland stellt kein Gas für militärische Zwecke her; in Dresden befindet sich kein militärisches Laboratorium. Ein Unfall der geschilderten Art hat sich in Dresden nicht ereignet. Richtig ist nur, daß am 25. Februar in einem Privathaus bei Pirna eine kleine Explosion erfolgt ist, bei der der Kommunist Bedrich anläßlich der Herstellung behelfsmäßiger Handgranaten zur Ausrüstung von Sturmtrupps eine Hand einbüßte. Es ist völlig klar, daß die lügenhafte Aufbauschung und Ausschmückung dieses Vorfalles in der Pariser Presse wenige Tage vor der Entscheidung der Botschafterkonferenz in der Kontrollfrage lediglich zu dem Zwecke erfolgt ist, die bevorstehende Entscheidung zu beeinflussen.

Aufnahme der Note in Berlin

B. Berlin, 8. März. (Eig. Drahtbericht)

Die neue Note der Botschafterkonferenz wird einstweilen in der Berliner Presse nur wenig kommentiert. Über die Empfindungen, mit denen das Schriftstück der Botschafterkonferenz allenthalben im deutschen Volke aufgenommen werden wird, kann nicht der geringste Zweifel herrschen. Es ist bezeichnend, daß selbst der „Vorwärts" mit lebhafter Entrüstung sich gegen Ton und Inhalt der neuen Note wendet. Zwar hat das sozialdemokratische Zentralorgan natürlich allerhand an der außenpolitischen Leitung des Reiches auszusetzen, von der es bedauert, daß sie in diesem Zusammenhang nicht die Sicherung angemeldet hätte, die Völkerbundsaufsicht über Deutschland zu einer Völkerbundsaufsicht über ganz Europa zu gestalten (was von der in der Macht stehenden Entente entweder mit ausgespielter Entrüstung oder mit Hohngelächter zurückgewiesen worden wäre), dennoch spricht auch der „Vorwärts" unwillig von einer „vorläufig unabsehbaren, die Empfindungen der Bevölkerung aufs neue verletzenden und überaus kostspieligen Kontrolle".

Lebhafter und temperamentvoller kommt selbstverständlich der Widerspruch in den Organen der Rechten zum Ausdruck. Die „Deutsche Tageszeitung" setzt dem Versuch, die Kontrolle zu verewigen, ein flammendes Nein entgegen. Die „Kreuzzeitung" spricht sicher nicht mit Unrecht von einem Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes, der einfach nicht hingenommen werden könnte. Das alles sind, bei Lichte besehen, doch nur Nuancen. In der Hauptsache wird man feststellen können, daß von rechts bis weit nach links das neue Vorgehen der Entente — man wird sich darüber klar zu sein haben, daß man es hier mit der Gesamtentente zu tun hat — einer schon rein gefühlsmäßigen Ablehnung begegnet.

Es wird in diesen Wahlzeiten nicht möglich sein, eine parteipolitische Ausnützung des Vorganges ganz zu vermeiden. Bereits spricht die „Deutsche Tageszeitung" von dem „Versagen der Linkspresse" und nimmt ihr einen Teil der Schuld bei. Ebenso könnte man ja, worauf die „Germania" vorsichtig hinzudeuten scheint, der Meinung sein, daß gewisse Vorgänge im Lager der Rechten der französischen Auffassung neue Nahrung zugeführt hätten.

Wichtiger als Parteipolemik und retrospektive Betrachtungen über die Gründe, die Macdonald zu dem Zusammenstoß mit Frankreich geführt haben, wird die Frage nach dem „Was nun?" sein. Das Kabinett hat sich bisher mit der Note noch nicht befaßt. Immerhin wird man aus den Darlegungen der „Germania" den Weg schließen können, den die Regierung in den nächsten Wochen zu gehen gedenkt. Dort wird diplomatisch behutsam zwar der höfliche Ton (!) anerkannt, in dem man diesmal Deutschland nahe, aber es wird doch gleich festgestellt, daß diese Höflichkeit die bittere Pille nicht verhüllen kann. Das Kanzlerorgan konstatiert vor der Hand wie folgt: „Den Wunsch, aus der Sackgasse herauszukommen, teilt auch die deutsche Regierung. Aber sie kann nicht Maßnahmen zustimmen, welche über den Versailler Vertrag hinausgehen. Haben die alliierten Regierungen wirklich den Wunsch, zu einer Verständigung zu kommen und dabei den „Schwierigkeiten der deutschen Regierung Rechnung zu tragen", dann wird sich vielleicht doch eine Möglichkeit eröffnen, um den Weg aus der Sackgasse zu finden.

Aber die alliierten Regierungen dürfen nicht vergessen, daß auch die deutsche Regierung mit einer öffentlichen Meinung zu rechnen hat und daß aus einer Mißhandlung der deutschen Seele schließlich der Zustand der Verzweiflung und des Willens zum Frieden erwachsen kann, der die beste Sicherheit für Frankreich ist. Ob sich die Botschafterkonferenz und ob sich Frankreich auf die Note werden gut zureden lassen, scheint noch einigermaßen zweifelhaft.

Der französische Finanzminister über den Frankensturz

Geplante Stützungsmaßnahmen

☞ Paris, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendblätter verzeichnen erschreckt die letzten Kurse vom Valutamarkt. Nach dem „Journal des Débats" stieg nach Börsenschluß das englische Pfund auf mehr als 118 Franken (am Donnerstag 106 Franken, gestern vormittag 110 Franken) und der Dollar auf mehr als 28 Franken. „Journée industrielle" verlangt, diese gefährliche Spannung müsse noch vor Ueberreichung des Sachverständigenberichtes überwunden werden. Frankreich könne diesen diplomatischen Kampf nicht unter dem Drucke einer finanziellen Erpressung beginnen.

Der Finanzminister hielt im Finanzausschuß des Senats gestern einen Vortrag über den Frankensturz. Der Minister versuchte besonders zu beweisen, daß der Wochenausweis der Bank von Frankreich keinen Grund zur Beunruhigung biete, weil er ein Monatsschlußausweis sei. Der Minister betonte, daß der Papiergeldumlauf gegenwärtig ebenso stark sei wie der während der Wechselkrise von 1920. Der Finanzminister bat um rasche Annahme der Ermächtigungsvorlage und bezeichnete dabei die von der Regierung beantragten Maßnahmen als das beste Mittel zur Stützung des Franken. Der Finanzausschuß des Senats wird Sonnabend vormittag aufs neue Poincaré anhören.

Ein neuer Kalif

Der ehemalige Kalif unbekannten Aufenthalts

☞ London, 8. März. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet aus Jerusalem: Die jordanische Regierung teilt mit, daß König Hussein von den Mohammedanern, Mesopotamiern, Transjordaniern und den Hedschas zum Kalifen ausgerufen wurde. König Hussein habe in einer Proklamation das Amt angenommen. Man erwartet, daß andre islamitische Länder sich der Bewegung anschließen werden. Der ehemalige Kalif hat seine Reise nach der Schweiz unterbrochen und ist nicht in Lausanne angekommen. Sein gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt.

Nein!

Gemäß dem Versailler Vertrag wurde Deutschland für eine bestimmte Reihe von Jahren der Kontrolle einer Abrüstungskommission unterworfen, welche die Durchführung der Abrüstungsklauseln des Vertrages sicherstellen sollte. Diese Kommission hat unter der Führung von General Nollet in den letzten fünf Jahren in Deutschland ihres Amtes gewaltet und hat, obwohl die Durchführung der Kontrollmaßnahmen die Nerven des deutschen Volkes mitunter auf eine harte Probe stellte, und obwohl die Ausgaben für den kostspieligen und schwerfälligen Kontrollapparat den deutschen Staatshaushalt schwer belasteten, ihre Aufgabe bis in das vergangene Jahr hinein ohne große Schwierigkeiten erfüllen können.

General Nollet hat selbst zugestanden, daß die Abrüstung im großen und ganzen vollendet sei. Durch den Einfall ins Ruhrgebiet hatten die Franzosen noch ein übriges getan, um ganz Deutschland militärisch aktionsunfähig zu machen. Französische Infanterie und französische schwere Artillerie stehen kaum einen Tagesmarsch weit vom Herzen Deutschlands. Wenige Divisionen können innerhalb kürzester Zeit Deutschland durch Besetzung der Mainlinie in zwei Stücke zerreißen; französische Flieger können in ein paar Stunden das Innere Deutschlands durch Bombenabwürfe in einen Trümmerhaufen verwandeln. Deutschland liegt wehrlos am Boden und kann jeden Augenblick von der französischen Militärmaschine zerstampft werden.

Es wäre also wahrlich an der Zeit, die Klauseln des Versailler Vertrages auszuführen, die Kontrollkommission abzuberufen und gemäß Artikel 213 des Versailler Vertrages die weitere Kontrolle dem Völkerbund zu überlassen, der berechtigt ist, von Zeit zu Zeit Stichproben über die Rüstungen vorzunehmen.

* * *

In diesem Augenblick versucht die Entente, die zum erstenmal seit längerer Zeit wieder geschlossen auftritt, nicht etwa die einfachen logischen und juristischen Folgerungen aus diesem Tatsachenbestand zu ziehen, sondern geht daran, die militärische Kontrolle in Deutschland zu verewigen. Es soll auf unbefristete Zeit ein Garantiekomitee oder, wie es in der gestern veröffentlichten Note der Botschafterkonferenz heißt, „ein andres Organ mit gleichen Angaben" an die Stelle der Nollet-Kommission treten.

Damit aber noch nicht genug: bevor dieser Rechtsbruch des Versailler Vertrages rechtskräftig werden soll, soll Deutschland auch noch eine Reihe weiterer Forderungen erfüllen. Die Botschafterkonferenz scheint die Einsetzung des Garantiekomitees als ein besonderes „Gnadengeschenk" aufzufassen, denn sie knüpft daran den Vorbehalt, daß noch einmal eine genaue Kontrolle und Besichtigung Deutschlands durchgeführt werde, um, wie es in der Note heißt, „den alliierten Nationen hinsichtlich des gegenwärtigen Standes in bezug auf Kriegsmaterial, Rekrutierung und militärische Ausbildung in Deutschland volle Beruhigung zu geben".

Die armen, schwachen, wehrlosen alliierten Nationen, deren Ruhe immer noch durch das deutsche Volk gestört wird! Die jeden Augenblick auf der Hut sein müssen, daß sie nicht durch eine deutsche Riesenarmee über den Haufen geworfen werden und sie eines Tages plötzlich als Untertanen eines über Nacht gekommenen deutschen Weltreiches erwachen!

Zwar hat die deutsche Regierung in ihrer Note vom 9. Januar erklärt, daß „sie sich der Verpflichtung bewußt ist, die militärischen Klauseln des Friedensvertrages in ihrer Gesamtheit mit vollkommener Loyalität auszuführen"; zwar wird im nichtfranzösischen Teile der Entente immer wieder wohlwollend erklärt, man müsse „den Schwierigkeiten der deutschen Regierung Rechnung tragen" und dürfe „ihre Loyalität nicht von vornherein stets mißtrauisch anzweifeln". Die Botschafterkonferenz aber schiebt diese deutsche Zusicherung mit einer unsagbar beleidigenden und erbitternden Geste zurück, indem sie erklärt, „die deutsche Regierung könne nicht erwarten, daß die alliierten Regierungen die ihnen gegebenen Versicherungen annähmen, bevor sie durch unmittelbare Nachprüfung bestätigt worden seien".

Es ist unerfindlich, wie das Kanzlerorgan, die „Germania", angesichts dieser frechen Beleidigung des gesamten deutschen Volkes auch noch von einem allgemein höflichen Ton der Note sprechen kann. Wenn die deutsche Regierung — und man hat in Paris scheinbar durch die Form der Note von vornherein dafür sorgen wollen, daß kein andrer Weg klüglicheist — dieses sogenannte „Gnadengeschenk" ablehnt, dann bleibt nach Ansicht der Botschafterkonferenz nichts andres übrig, als die Kommission Nollet für unabsehbare Zeit weiterarbeiten zu lassen. Es dürfte keine deutsche Regierung geben, die es wagen könnte, sich diesem neuen Diktat zu unterwerfen! Der Vertrag von Versailles bindet nicht nur den Besiegten, sondern auch den Sieger, nicht nur den einen Verhandlungskontrahenten, sondern beide. Wir müssen in unsrer gegenwärtigen Lage das Dokument von Versailles anerkennen. Jede andre Politik wäre Hasardspiel! Aber über den Vertrag von Versailles hinaus gehen wir keinen Schritt! Mehr, als er uns schon auferlegt, leisten wir nicht! Hier ist ein für allemal die Grenze!

* * *

Deutschland hat alles getan, um die militärischen Klauseln des Vertrages durchzuführen. Wenn dies im vergangenen Jahre nicht mehr möglich war, da angesichts der Stimmung im deutschen Volke die deutsche Regierung keinerlei Garantie für die Sicherheit der Kommissionsmitglieder auf ihren Kontrollreisen übernehmen konnte, so liegt dies einzig und allein an dem von der französischen Regierung im Gegensatz zu den klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages unternommenen Einfall ins Ruhrgebiet und an der unerhörten Terrorisierung deutschen Landes und deutscher Bevölkerung durch das französische Militär. Deutschland war bereit, den Vertrag von Versailles durchzuführen, soweit das in seinen Kräften stand. In Paris aber setzte man alles daran, um diese Durchführung unmöglich zu machen. Das ist oft genug auch in England anerkannt worden.

Es ist deswegen unverständlich und unerhört, wenn der „Daily Telegraph" jetzt Deutschland vor „Rechtssophistereien" warnen zu müssen glaubt. Es gab eine Zeit, da man in England über diese Dinge weniger zynisch dachte. Damals standen allerdings englische Interessen auf dem Spiele, und die englische Regierung erklärte, in den Weltkrieg eintreten zu müssen, weil das englische Rechtsbewußtsein den deutschen Einbruch in Belgien nicht ertragen könnte. Auch Deutschland muß Rücksicht auf seine öffentliche Meinung nehmen, welche die Rechtssophistereien der Pariser Botschafterkonferenz bei der Auslegung der Klauseln des Versailler Vertrages nicht versteht. Das ganze deutsche Volk steht hinter der Erklärung, die Dr. Stresemann kürzlich im Reichstag abgab: es wird sich keiner Dauerkontrolle Deutschlands auf militärischem Gebiete unterziehen.

* * *

Freilich: wir sind uns dessen bewußt, was auf dem Spiele steht. Wir sehen zum erstenmal seit längerer Zeit wieder die gesamte Entente in geschlossener Front vor uns. Die Note wurde von Frankreich und England gemeinsam entworfen. Sie entspringt bei Frankreich auf der einen Seite der nagenden Angst vor dem kommenden neuen Deutschland der künftigen Jahrzehnte, auf der andern Seite dem Verlangen, dem zerschlagenen Deutschland unter allen Umständen Schwierigkeiten zu bereiten und seine Erholung zu verzögern. Sie entspringt in England der doktrinären pazifistischen und antimilitaristischen Einstellung der Regierung Ramsay Macdonald, die in jedem deutschen Militär einen preußischen Junker und einen gefährlichen Imperialisten und Chauvinisten sieht. Und welcher Pazifist würde die lockende Gelegenheit vorübergehen lassen, den verhaßten Militärs eins auszuwischen und auf sicherem Grund und Boden ein Experiment in Pazifismus und Antimilitarismus zu machen? Es handelt sich ja nur um Deutschland. Die französische Armee tastet niemand an und die englische Flotte wird weiter vermehrt, „um der Arbeitslosigkeit zu steuern", wie man entschuldigend sagt.

In öffentlichen Reden aber ist man in London des guten Willens voll und erklärt immer wieder erneut, es sei die große Aufgabe der britischen Arbeiterregierung, den Frieden in Europa wieder herzustellen und den Erdteil aus dem Chaos zu erretten. Die Praxis sieht anders aus. Ueber Nacht verwandeln sich die Apostel der Humanität und die Prediger des Pazifismus in geschickte mißgünstige Diplomaten, die in ausgeklügelten Noten eine neueste Demütigung über ein zerschlagenes Volk verhängen.

Kein guter Anfang für Ramsay Macdonald! Sieht man in England nicht, daß man mit dieser Note auf dem besten Wege ist, neue Verwirrung über den Erdteil, den man befrieden will, zu bringen? Die deutsche Regierung hat oft genug erklärt, daß sie keine Garantie für die Sicherheit der Kontrollkommissare übernehmen will. Es laufen genügend jugendliche Hitzköpfe herum, deren Seele von ehrlicher Wut und Entrüstung erfüllt ist über die Schmach, die ihr Vaterland seit Jahren ertragen muß. Will man